



DEUTSCHER
JOURNALISTENVERBAND
DJV
LANDESVERBAND
HESSEN

BLICKPUNKT@
JOURNALISMUS IN HESSEN

Blickpunkt extra: Zum Tag der Pressefreiheit

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial: Die Pressefreiheit verteidigen	S. 1	Digital abhängig: Diskussion über die Macht der Plattform- konzerne – und Alternativen	S. 5
„Feder für die Pressefreiheit“: Philippinische Journalistin Frenchie Mae Cumpio ausgezeichnet	S. 2	Endlich angekommen: Zwei kurdische Journalisten bekamen Asyl	S. 7
Bilanz in Deutschland: Nahostberichterstattung polarisiert weiterhin	S. 4	In den Norden geschaut: Medienpolitisches Vorbild Finnland unter der Lupe	S. 8

Unsere Freiheit beschützen



**Knud Zilian, Landesvorsitzender
DJV Hessen** Foto: Karsten Socher

Die Pressefreiheit ist das tragende Fundament unserer Demokratie – und sie steht zunehmend unter Druck. Polarisierung, das Erstarken extremistischer Kräfte und autoritärer Strukturen bedrohen die freie Berichterstattung in einem Ausmaß, das uns alarmieren muss.

Diese Bedrohung nimmt weltweit zu. In vielen Ländern wird unabhängiger Journalismus systematisch eingeschränkt, in Krisen- und Kriegsgebieten arbeiten Reporterinnen und Reporter unter immer gefährlicheren Bedingungen.

Doch auch in etablierten Demokratien beobachten wir besorgniserregende Entwicklungen: Angriffe, Einschüchterungen und Behinderungen von Medienschaffenden nehmen zu.

Auch in unserem Bundesland Hessen steigen Angriffe gegen Journalistinnen und Journalisten. Für uns steht fest: Jeder Übergriff auf Journalistinnen und Journalisten ist ein Angriff auf die Pressefreiheit und damit auf das Herz unserer Demokratie. Sie zu schützen und zu verteidigen, ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Als Berufsverband ist unser Anspruch, Euch als Mitglieder eine Stimme zu geben. Daher gehen wir regelmäßig mit unseren Mitgliedern über Erfahrungen und Herausforderungen in den Dialog. Zudem stehen wir im engen Austausch mit Polizei, Behörden und Ministerien, um konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Unser besonderer Respekt gilt allen, die tagtäglich vor Ort berichten. Dank Euch ist unsere Gesellschaft verlässlich mit Informationen versorgt. Missstände werden dadurch sichtbar und gesellschaftliche Debatten möglich. Damit wir auch morgen noch freien und unabhängigen Journalismus haben, braucht es eine Gesellschaft, die den Wert der Pressefreiheit erkennt und verteidigt. Wir als Berufsverband werden weiterhin entschlossen dafür eintreten.

Euer Knud Zilian

Regierungsterror gegen die freie Presse

DJV Hessen widmet Feder für die Pressefreiheit Frenchie Mae Cumpio

Seit Februar 2020 sitzt die philippinische Journalistin Frenchie Mae Cumpio in Haft, die zuvor regelmäßig von mutmaßlichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär berichtet hatte. Nun wurde sie am 22. Januar dieses Jahres wegen angeblicher „Terrorfinanzierung“ schuldig gesprochen. Der 27-jährigen Frau drohen damit zwölf bis 18 Jahre Gefängnis.

„Diese Verurteilung ist eine Farce, eine mutige Journalistin soll zum Schweigen gebracht werden. Es liegt auf der Hand, dass dieses ungerechtfertigte Urteil als Exempel Angst unter den Medienschaffenden verbreiten soll, bloß nichts in den Augen der Regierung Unliebsames zu berichten. Eine demokratische Gesellschaft lebt allerdings von diesen kritischen Stimmen“, findet Knud Zilian, Vorsitzender DJV Hessen, klare Worte. Damit schließt er sich der Einschätzung von Reporter ohne Grenzen an, die in dem Urteil ein klares Versagen der philippinischen Justiz sehen. „Das Urteil gehört aufgehoben und Frenchie Mae Cumpio aus der Haft entlassen, damit sie wieder frei berichten kann“, fordert Zilian.

Um ein deutliches Zeichen des Aufschreis angesichts der staatlichen Willkür und der Solidarität mit der mutigen Journalistin zu setzen, erhält Cumpio die Feder für die Pressefreiheit, ein Füllfederhalter mit ihrem Namen eingraviert. Bereits zum neunten Mal verleiht der DJV Hessen anlässlich des internationalen Tags der Pressefreiheit am 3. Mai auf die ursprüngliche Initiative von Schatzmeisterin Dr. Gabriela Blumschein-Grossmayer diesen Preis. Von Beginn an war Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni Pate.

Frenchie Mae Cumpio steht stellvertretend für viele mutige Journalistinnen, die unter enormem Druck arbeiten. Ihre Inhaftierung zeigt, wie fragil Pressefreiheit sein kann, wenn staatliche Macht zur Einschüchterung



Frenchie Mae Cumpio ließ sich nicht einschüchtern, sondern berichtete weiter.

Foto: Reporters Without Border (RSF)

missbraucht wird“, sagt Ingo Zamperoni und betont: „Wir dürfen nicht schweigen, wenn unabhängiger Journalismus kriminalisiert wird. Wer unabhängige Berichterstattung als Bedrohung behandelt, greift das Fundament jeder demokratischen Gesellschaft an.“

Fragwürdige „Beweise“, zweifelhafte Zeugen und fadenscheinige Anklagen

Polizei und Militär durchsuchten am 7. Februar 2020 Cumpios Wohnung. Dabei „fanden“ sie eine Handgranate, eine Schusswaffe und eine kommunistische Flagge. Die Journalistin wurde festgenommen, kam in Untersuchungshaft – die damals noch nicht absehbar fast sechs Jahre dauern sollte – und wurde wegen „illegalen Waffenbesitzes“ angeklagt. Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme war Cumpio geschäftsführende Direktorin der Nachrichtenseite Eastern Vista sowie Nachrichtenmoderatorin beim Radiosender Aksyon Radyo-Tacloban DYVL. Vom „illegalen Waffenbesitz“ wurde sie freigesprochen, denn anscheinend wurden ihr die „Beweismittel“ während der Durchsuchung von Sicherheitskräften untergeschoben.

Allerdings wurde sie im Oktober 2021 wegen „Terrorismusfinanzierung“ angeklagt, und am 22. Januar 2026 deswegen

schuldig gesprochen. Laut Reporter ohne Grenzen allein aufgrund zweifelhafter Zeugenaussagen von Personen, die unter militärischem Schutz stehen und auch in mehreren ähnlichen Verfahren seitens des Militärs gegen Zivilisten ausgesagt haben. „Wir sind entsetzt über dieses Urteil. Unsere Recherchen sowie die von den Anwält*innen vorgelegten Beweise zeigen eindeutig, dass dieser Fall von Anfang an konstruiert wurde“, sagte [Aleksandra Bielakowska](#), Advocacy-Managerin im Asien-Pazifik-Büro von Reporter ohne Grenzen.

„Wir sind zutiefst besorgt über die Folgen dieser Verurteilung, insbesondere angesichts der vielen anderen Fälle von Terrorismusfinanzierung, die – wie ich finde – konstruiert sind und im ganzen Land noch immer verhandelt werden“, sagte Rechtsanwältin Josa Deinla, einer von Cumpios Anwälten, gegenüber der [BBC](#). „Die traurige Realität ist, dass diese Entscheidung schwerwiegende Folgen für den Lokaljournalismus hat, denn es sind gerade die Lokaljournalisten – diejenigen am Rande der Gesellschaft, diejenigen, die nicht den dominanten Medienorganisationen angehören –, die die Missstände, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo die ärmsten Menschen leben, ans Licht bringen.“

Pressefreiheit nur auf dem Papier

Zwar garantiert die philippinische Verfassung Pressefreiheit, doch in der Praxis behindert die Regierung immer wieder die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten und geht gegen regierungskritische Medien vor. Cumpios Anklage ist ein auf den Philippinen typischer Fall von „Red-Tagging“: Hierbei werden unliebsame Medienschaffende als „Terroristen“ bezeichnet und die Terrorgesetze missbraucht, um sie rechtlich zu verfolgen. Cumpio sei sich stets dieser Gefahr bewusst gewesen und habe sich dennoch nicht einschüchtern lassen, betonte ihr Mentor Raymund Villanueva, philippinischer Journalist und Präsident des unabhängigen Mediennetzwerks *Altermidya*, gegenüber [Reporter ohne Grenzen](#).

In einem gemeinsamen [Brief](#) vom 24. September 2025 forderten 255 Journalistinnen und Journalisten, sowie Vertreterinnen und Vertreter von Nachrichten- und Medienorganisationen aus mehreren Ländern den philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr. auf, von Cumpios strafrechtlicher Verfolgung abzusehen und stattdessen die Pressefreiheit zu verteidigen. „Mit ihren 26 Jahren verkörpert Cumpio den Mut und die Entschlossenheit einer neuen Generation philippinischer Journalistinnen und Journalisten. Trotz Überwachung, Schikanen und Drohungen in den Monaten



Würdigen den Mut von Frenchie Mae Cumpio: Dr. Gabriela Blumschein-Grossmayer und Ingo Zamperoni.
Foto: Sascha Kohlhöfer

vor ihrer Verhaftung berichtete sie furchtlos über militärische Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen. Ihr Martyrium verdeutlicht die zutiefst beunruhigende Praxis des ‚Red-Tagging‘, bei der Journalisten allein aufgrund ihrer Berichterstattung über sensible Themen als Subversive oder Terroristen gebrandmarkt werden“, ist dort zu lesen.

In der nahen Vergangenheit wurden auf den Philippinen etliche Journalistinnen und Journalisten bedroht oder sogar getötet. Und dennoch gibt es immer wieder mutige Stimmen, die öffentlich auf Missstände aufmerksam machen. Cumpio ist derzeit die einzige auf den Philippinen inhaftierte Journalistin. „Das ist eine zu viel“, so Zilian.

Jens Brehl

Bisher mit der „Feder für die Pressefreiheit“ ausgezeichnet:

- 2025: Rukhshona Khakimova, Journalistin aus Tadschikistan
- 2024: Shangguan Yunkai, Investigativjournalist aus China
- 2023: Niloofar Hamedi, Journalistin aus dem Iran
- 2022: Marina Ovsyannikova, TV-Journalistin aus Russland
- 2021: Katsyaryna Andreyeva und Darya Chultsova, Journalistinnen aus Weißrussland
- 2020: Raif Badawi, Blogger aus Saudi-Arabien
- 2019: Ismail el-Iskandarani, freier Journalist aus Ägypten
- 2018: Zehra Doğan, kurdische Journalistin aus der Türkei

Belegte physische Gewalt ging zurück – Cyberangriffe nahmen zu

Reporter ohne Grenzen zieht Bilanz zur Pressefreiheit in Deutschland

Insgesamt 55 Angriffe auf Medienschaffende und Redaktionen hat Reporter ohne Grenzen (RSF) im vergangenen Jahr in Deutschland dokumentiert und verifiziert. Im Vergleich zu 2024 sind das 34 weniger – wobei generell eine hohe Dunkelziffer zu berücksichtigen ist. Als Attacken zählt RSF neben körperlichen Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten, auch solche auf deren Ausrüstung. Hinzu kommen Sachbeschädigungen an Redaktionsgebäuden. In der kürzlich veröffentlichten [Nahaufnahme 2026](#) gibt die NGO einen umfassenden Überblick zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland.

RSF ging im vergangenen Jahr 99 Hinweisen auf Angriffen nach, doch meist fehlten Videobeweise, wie auch Zeugenaussagen. Generell sind die erhobenen Zahlen weder vollständig, noch können sie strikten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Wie dem auch sei: Verbal oder körperlich ist bereits ein Angriff auf Medienschaffende einer zu viel. „Insgesamt konnte RSF im vergangenen Jahr 46 physische Angriffe auf Journalist*innen verifizieren. Am häufigsten waren Attacken in Form von Tritten und Schlägen, auch mit Gegenständen. Als Angriff gewertet wurden diese, sofern sie Körper oder Ausrüstung von Journalist*innen tatsächlich getroffen haben. Täter*innen haben Medienschaffende auch zu Boden gestoßen, die Brille von der Nase geschlagen oder mit einem Stein beworfen“, ist in der Nahaufnahme zu lesen.

Zwar nicht geschlagen oder getreten, aber trotzdem ein prominentes Beispiel ist der Reporter Paul Ronzheimer. Als er Ende November rund um die Neugründung der Jungen Alternative in Gießen berichten wollte, wurde er von Demonstranten beleidigt, bedrängt und verfolgt – siehe hierzu auch „Geschockt von diesen Rufen,

der Aggressivität“ in [Blickpunkt 1/26](#). Auch weiterhin sind in Deutschland Demonstrationen, Parteiveranstaltungen oder Protestaktionen die gefährlichsten Orte für Medienschaffende.

Doch auch im digitalen Raum wächst die Bedrohungslage. Mit sechs Cyberattacken wurde im vergangenen Jahr die bislang höchste Zahl von Hackerangriffen seit dem Start des Monitorings 2015 dokumentiert. „So wurde beispielsweise die taz am Tag der Bundestagswahl zum wiederholten Male Opfer einer ‚Distributed Denial of Service‘-Attacke, welche die Website für zwei Stunden lahmlegte“, schreibt RSF.

Gaza-Berichterstattung polarisiert in deutschen Redaktionen

Bereits die Nahaufnahme 2025 warf das Scheinwerferlicht auf verengte Meinungskorridore nach dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden israelischen militärischen Operationen. Journalistinnen und Journalisten, die über Menschenrechtsverletzungen in Gaza oder (kritisch) über den israelischen Militäreinsatz berichteten, gerieten unter Druck. „Viele beklagten eingeschränkte Themenwahl, restriktive Sprachvorgaben und Angst vor Antisemitismusvorwürfen. Starke psychische Belastung bis hin zur Selbstzensur war die Folge“, ist in der aktuellen Nahaufnahme zu lesen.

So manche Redaktion hat die Vorfälle zum Anlass genommen, an internen Abläufen bei komplexen und polarisierenden Themen zu



Auch wenn die Zahl der verifizierten Angriffe zurückging, ist das kein Grund zur Entwarnung. Foto: Jannis Große

feilen. Das große Aber: „Dennoch beklagten Reporter*innen mit dem Schwerpunkt Nahostberichterstattung gegenüber RSF im Jahr 2025 weiterhin ein angespanntes Arbeitsklima. Belastend waren zum einen Kämpfe über die Deutungshoheit innerhalb der jeweiligen Redaktionen: Medienschaffende berichteten von Schwierigkeiten, Menschenrechtsverbrechen der israelischen Armee so aufzugreifen, wie sie es im Fall anderer Staaten und Kriege selbstverständlich tun. Zum anderen sahen sie sich durch digitalen Hass und Hetze stark

belastet – hiervon waren auch Kolleg*innen betroffen, die zu jüdischen Perspektiven und Lebensrealitäten arbeiten.“

Wie stark umkämpft das Thema innerhalb von Redaktionen ist, zeigt RSF anhand der Deutschen Welle auf: „Ende 2024 hatten sich Reporter*innen mit dem Vorwurf, die DW-Führung verordne eine gegenüber Israel unkritische Berichterstattung, in einem [Al-Jazeera-Artikel](#) an die Öffentlichkeit gewandt. 2025 veröffentlichte die [Jüdische Allgemeine](#) ihrerseits einen Artikel, in dem andere DW-Mitarbeitende sich über israelfeindliche Tendenzen in der Berichterstattung ihres Hauses beschwerten.“

Aber auch israelische Offizielle haben Journalistinnen und Journalisten herabgewürdigt oder gar öffentlich unter Druck gesetzt. In den Sozialen Medien bezichtigte man sie unter anderem der Terrorverharmlosung oder unterstellte Antisemitismus. So wurde Sophie von der Tann auf X „das Gesicht vom neu-deutschen Juden- und Israelhass“ genannt. Solche Eingriffe in die freie Berichterstattung, die man durchaus auch als Einschüchterungsversuche werten kann, sind inakzeptabel. Legitime Kritik an Regierungen muss möglich sein.

Jens Brehl

Weitere Themenfelder der Nahaufnahme 2026 sind Einschüchterungsklagen (SLAPP), Exiljournalisten, die auch in Deutschland weiterhin von den Regierungen ihrer Heimatländer unter Druck gesetzt werden, Spannungsfeld KI versus Urheberrechte, neurechte Mediennetzwerke und deren gezielten Kampagnen mit Fake News. Die PDF kann [kostenfrei heruntergeladen](#) werden.

„Wir haben uns von wenigen Plattformen abhängig gemacht, denen wir nicht vertrauen können.“

Online-Diskussion beim Frankfurter Presseclub

Teilhabe, Vielfalt und freie Zugänge zu Informationen: In vielen Fällen löst das Internet die ursprünglichen Versprechen ein. Mit Blick auf die großen Plattformkonzerne sieht das Bild allerdings anders aus. Der Frankfurter Presseclub (FPC) lud Mitte März zur virtuellen Diskussion „Wem gehört die Meinungsfreiheit im Netz? – Digitale Öffentlichkeit zwischen Demokratie und Plattformmacht“, moderiert von FPC-Vorständin Nina Mühlens.

„Wir haben uns von wenigen Plattformen abhängig gemacht, denen wir nicht vertrauen können“, kam Markus Beckedahl, Journalist und Gründer Netzpolitik.org, schnell auf den Punkt. Ein großer Teil des demokratischen Diskurses laufen über Instagram, X & Co., wobei es dort nicht die eine sondern viele fragmentierte Öffentlichkeiten gibt, „die für jeden anders zusammengewürfelt sind, weil diese Räume immer stärker algorithmisch geprägt werden.“ Und eben diese für Außenstehende intransparenten Algorithmen entscheiden

nach definierten ökonomischen und ideologischen Gründen, welche Inhalte sich besser verbreiten als andere. Das Hauptproblem sei, dass nicht alle Nutzerinnen und Nutzer gleichberechtigt sichtbar sind. „Die Hoffnung, dass das Internet zur Gleichberechtigung und mehr Demokratie führt, ist leider einer Dystopie gewichen.“

Unverständnis zeigte Beckedahl gegenüber deutschen Politikerinnen und Politikern, die der in Teilen toxischen Plattform X weiterhin Relevanz verleihen, indem sie dort präsent sind und Statements veröffentlichen. Wenn sie glauben, dort ihre Zielgruppen zu erreichen, würden sie sich mitunter gewaltig irren. Posts des Bundesgesundheitsministeriums würden gerade einmal mehreren Hundert, maximal einigen Tausend X-Accounts angezeigt. „Die Diskursverschiebung durch Elon Musk, der



Kritik im öffentlichen Raum.

Foto: Jens Brehl

X für den Zweck gekauft hat rechtsradikale Ideologien sichtbar zu machen, hat super funktioniert.“ Ausgerechnet Bundeskanzler Friedrich Merz könnte das zweifelhafte Glück haben, davon in Sachen Sichtbarkeit zu profitieren. Der sammelt unter seinen X-Posts laut Beckedahl viel Kontra von „Desinformations- und Russlandtrollen der

AfD“. Inhalte, die wiederum tendenziell vom Algorithmus gefördert werden.

Auch Mark Zuckerberg habe ich sich nach der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten beeilt, wieder mehr diskriminierende Inhalte zuzulassen. Bei TikTok gäbe es Indizien, dass die Reichweite von bestimmten politischen Themen und Schlagworten wie „Black Lives Matter“ und „Gaza“ durch sogenanntes „shadow banning“ gedrosselt wird.

Keine rechtsfreien Räume

Die Plattformen seien so erfolgreich, weil sie recht früh von der Haftung für die bei ihnen durch Dritte veröffentlichten Inhalte freigestellt wurden. Daran erinnerte der Experte für Internetrecht und Plattformregulierung, Prof. Dr. Matthias C. Kettmann. Doch wird ein einst privater Raum für die öffentliche Kommunikation immer bedeutsamer, wächst auch die Verantwortung der Inhaber. „Die Rolle der Plattformen hat sich stark gewandelt“, so Kettmann. Fremde Inhalte werden nicht mehr „nur“ bereitgestellt, sondern durch die Empfehlungssysteme verbreitet.

„Auch in privaten Räumen können Grundrechte gelten. Im [Digital Services Act](#) (DSA, seit dem 17. Februar 2024 in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anwendbar – Anmerkung Jens Brehl) wird dies verbrieft. Die Eigentümer müssen somit auch Grundrechte schützen“, stellte Kettmann grundlegend klar. Die Plattformen gelte es zu überwachen, „so weit wir das in einem demokratischen Rechtsstaat machen können. Wir möchten nicht in einem Staat leben, der selbst bestimmt, welche Inhalte jenseits der Grenze der Verfassung priorisiert werden. Wohin das führt sieht man in Ungarn. Allerdings dürfen die Plattformen in ihren Entscheidungen auch nicht alleine gelassen werden.“

Und auch für mehr Selbstbewusstsein trommelte Kettmann: „Wir reden uns selbst viel zu gerne klein, dabei haben wir uns eine sehr gute Rechtslage erarbeitet. Europa ist weltweit jenes Gebiet mit dem besten digitalen Bürgerschutz.“ In Sachen

Durchsetzung des DSA sieht er grundlegend positiv in die Zukunft: Die ersten Verfahren sind eingeleitet und 120 Millionen Euro Strafe musste X zahlen, da unter anderem der blaue Verifizierungshaken käuflich war. Parallele EU-Ermittlungen wegen der Verbreitung verbotener Inhalte und Maßnahmen gegen Falschinformationen laufen weiter, wie die [Süddeutsche Zeitung](#) berichtet. Einen Schluck Wasser goss Kettmann dennoch in den Wein.

Die EU-Kommission solle mutiger werden, den DSA stärker einzusetzen: „Wir müssen mehr über die Algorithmen wissen, als wir das aktuell tun. Man muss viel tiefer in den Maschinenraum schauen, um Risiken zu erkennen und zu überprüfen, ob das von Plattformbetreibern Berichtete überhaupt stimmt.“ Der dafür benötigte Einblick in die Rohdaten der Kommunikation existiert nicht. „Wir glauben den Plattformen noch viel zu viel, als dass sie uns in den vergangenen Jahren dafür einen Grund gegeben haben.“ Die bis dato verpflichtend vorgebrachten Transparenzberichte seien alles andere als vollkommen transparent. Darüber hinaus: „Plattformen tun zu wenig, um die erkennbare toxische Sprache und digitale Gewalt effektiv zu verhindern.“ Ein großer Teil ließe sich technisch herausfiltern. Beckedahl und Kettmann wiesen ausdrücklich darauf hin, dass besonders Frauen – Journalistinnen, Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen – Wellen an Hass entgegenschlägt, und manche sich daher im öffentlichen Diskurs zurücknehmen.

Kettmanns Optimismus in Sachen DSA konnte Beckedahl nicht komplett teilen. Das Gesetz sei noch unter der falschen Vorstellung beschlossen worden, dass die Plattformen ein Interesse hätten, Regularien einzuhalten und einen guten Ruf zu haben, um in Europa Geschäfte zu machen. „Die Plattformen haben sich unter den Schutzschirm von Trump eingekauft und zeigen uns, was wie von unseren Regeln halten: viel weniger, als wir erhofft haben“, so der Journalist.

Wege aus dem Dilemma

Bei der Zustandsbeschreibung sollte es in der virtuellen Diskussion nicht bleiben, so fragte Mühlens nach möglichen Lösungsansätzen.

Australien hat es vorgemacht, wie mittlerweile auch [Indonesien](#), Frankreich könnte folgen: Jugendliche wird der Zugang zu Sozialen Medien verboten, um sie zu schützen. Anfang April wurde darüber hinaus bekannt, dass Jugendliche unter 15 Jahren in Griechenland ab 2027 die Sozialen Medien nicht mehr nutzen dürfen. Zudem fordert die griechische Regierung eine [EU-weite Lösung](#).

Zurück zur Diskussion des Presseclubs: Was von einem Verbot zu halten sei, wollte die Moderatorin von den beiden Experten wissen. „Wir schaffen es nicht, die Plattformen zu regulieren. Stattdessen unseren Kindern zu verbieten mit ihren Freunden zu kommunizieren, halte ich nicht für ein glorioles Beispiel digitaler Politik“, sagte Kettmann. Auch von Beckedahl kam eine klare Absage in Richtung Social Media-Verbot: „Die Befürworter haben keine Ahnung, wie das Alter sicher verifiziert werden soll.“ Technisch weniger versierte Politikerinnen und Politiker würden die populistische Verbotsforderung in den Raum stellen, „um Handlungsfähigkeit zu simulieren.“ Und am Ende könnten sie damit die Situation noch verschlimmern, wenn auf Lösungen von Big Tech zur sicheren Altersverifizierung gesetzt werden muss, so dass die Plattformen noch mehr Daten erhalten.

„In einer idealen Welt würden wir das öffentlich-rechtliche System nutzen, welches, wenn wir es heute neu schaffen würden, stärker den Auftrag haben sollte Technologieneutralität zu gewährleisten“, sagte Beckedahl. Gerade die Gemeinschaft des öffentlich-rechtliche Rundfunks böte die ideale Basis, daher sollten zehn Prozent der Haushaltsabgabe investiert werden, um eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Die Media- und Audiotheken wachsen technisch bereits zusammen, aber warum können dort eingeloggte Nutzerinnen und Nutzer Inhalte nicht kommentieren? Dafür werden sie auf YouTube oder Facebook verwiesen. „Absurd“, so Beckedahl.

Auch den deutschen Gesetzgeber nahm er in die Pflicht, indem das Entwickeln von quelloffener Software (Open Source) und

das Betreiben entsprechender Strukturen als gemeinnützig anerkannt werden sollte. Auch Innovationsförderungen ließen sich gezielt in diesen Bereich umlenken. Alternativen wie Mastodon werden von Ehrenamtlichen in ihrer Freizeit getragen, worauf er explizit hinwies. Auch deswegen hinken die angebotenen Alternativen generell in Sachen Nutzerfreundlichkeit kommerziellen Plattformen meist hinterher.

Kettemann verwies auf den aktuellen [Medienstaatsvertrag](#). Unter Punkt 30f ist

zu erfahren, dass die Anstalten der ARD, das ZDF und das Deutschlandradio ein gemeinsames technisches Plattformsystem schaffen. Das könne doch Grundlage für ein unabhängiges soziales Netzwerk sein. Im Medienstaatsvertrag ist zu lesen: „Im Rahmen des gemeinsamen technischen Plattformsystems sollen datensichere und datensparsame Personalisierungsmöglichkeiten und Empfehlungssysteme geschaffen werden. Diese Personalisierungsmöglichkeiten und Empfehlungssysteme sollen einen offenen

Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen gemeinwohlorientierten Diskurs ermöglichen.“ Kettemann jubelte: „Das ist doch genau das, was wir wollen!“

Allerdings sei es durchaus herausfordernd, eine echte und für die Nutzerinnen und Nutzer attraktive Alternative zu Instagram, TikTok, X & Co. zu schaffen. Vollkommen weg von ökonomisierten Plattformen käme man wohl nie. „Aber vielleicht ist doch ein Wendepunkt erreicht.“

Jens Brehl

Rückkehr in die Türkei ist ausgeschlossen

Asyl für Nedim Türfent und Özgür Sevinç Şimşek

Die gute Nachricht zuerst: Das türkisch-kurdische Journalistenpaar Nedim Türfent und Özgür Sevinç Şimşek darf in Deutschland bleiben. Ihre Asylanträge wurden bewilligt. Sie haben eine befristete Aufenthaltsgenehmigung für drei Jahre erhalten.

Rückblick: 2024 hatte Türfent ein Stipendium „Hafen der Zuflucht Hessen“ des Gießener Vereins „Das gefangene Wort“ erhalten, das vom Land Hessen finanziert wurde. Er und seine Verlobte fanden in Gießen ein neues Zuhause. Diese Mittel wurden 2025 gestrichen, sodass die Zukunft für beide kurdischen Journalisten extrem ungewiss war, denn ihre Aufenthaltsgenehmigung war an das Stipendium gebunden (siehe „Aus dem Gefängnis entlassen und doch nicht unabhängig“, [Blickpunkt Extra 1/26](#)). Sie stellten einen Asylantrag. Es folgten Monate der Unsicherheit, die nun für beide beendet sind. Da beide bereits knapp zwei Jahre in Deutschland lebten, mussten sie nicht in die Erstaufnahmestelle in der Rödgener Straße. Das empfanden beide als großes Glück. Ihre Befürchtung war, dort möglicherweise auf Nationalisten und Islamisten zu treffen. „Der Arm Erdoğan ist lang“, sagte der Reporter dazu. Auch nach seiner Ankunft in Gießen sei er im Internet bedroht worden.



In Sicherheit: Özgür Sevinç Şimşek und Nedim Türfent.

Foto: Barbara Czernek

Zu Unrecht in Haft

Eine Rückkehr in die Türkei ist aktuell für beide ausgeschlossen. Beide saßen mehrere Jahre in türkischen Gefängnissen, nur weil sie journalistisch gearbeitet hatten (siehe hierzu „Ich werde Journalismus niemals aufgeben“, [Blickpunkt 2/24](#)). Aktuell liegt gegen Türfent ein Haftbefehl vor, ihm wird die Verbreitung von Terrorpropaganda vorgeworfen. Würde

er in die Türkei einreisen, hätte das seine direkte Verhaftung zur Folge. Der 1990 in Akalin (kurdisch: Bajêrge) geborene kurdische Autor und Journalist war wegen seiner kritischen Berichterstattung über einen türkischen Polizeieinsatz inhaftiert worden und saß insgesamt 6,5 Jahre im Gefängnis, davon 18 Monate in Isolationshaft. Nach seiner Freilassung Ende 2022 kam er nach Deutschland.

Die Fotojournalistin Şimşek wurde ebenfalls verfolgt, weil sie unter anderem als Produzentin für einen oppositionellen TV-Sender gearbeitet hatte. Sie wurde beschuldigt, Mitglied einer Terrorvereinigung zu sein. Dafür wurde sie zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren und drei Monaten verurteilt. Nach vier Jahren und acht Monaten kam sie für sechs Monate frei, um anschließend nochmals sechs Monate im Gefängnis zu verbringen, sodass sie insgesamt fünf Jahre und zwei Monate in Haft verbrachte. „Meine journalistische Arbeit wurde kriminalisiert“, sagte sie. Viel wollte die zierliche Frau nicht über ihre Haft erzählen. Die Bedingungen im Gefängnis seien katastrophal gewesen. Vor dem weiblichen Wachpersonal habe sie sich komplett ausziehen müssen. Die Tür zum Flur sei offen gewesen, und auch männliche Wärter hätten sie nackt gesehen und darüber gelacht. Eine beschämende Situation.

Beide lernten sich bei einem Gerichtsprozess kennen, in dem sie beide angeklagt waren.

Sie begannen, sich gegenseitig Briefe zu schreiben, und arbeiteten anschließend in Istanbul zusammen. „Es begann alles mit dem Briefe schreiben“, sagte Türfent lachend, und Şimşek stimmte ihm zu.

Wieder im Journalismus Fuß fassen

„Solange Erdoğan an der Macht ist, gibt es keine Chance auf Rückkehr“, erklärten die beiden übereinstimmend. Beide sind dankbar für die Hilfe, die ihnen bisher zuteilwurde. „Die Gießener sind alle sehr freundlich und hilfsbereit“, sagte Türfent. Sie wollen sich hier ein neues Leben aufbauen und haben dazu bereits die ersten Schritte unternommen: Sie haben sich bei der Arbeitsagentur gemeldet. „Der Prozess ist gestartet“, meinte Türfent. Sie arbeiten daran, möglichst schnell Deutsch zu lernen und besuchen aktuell den ersten Kurs. Ein weiteres Ziel ist eine eigene kleine Wohnung. Aktuell wohnen sie in einem Apartment, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde. Um niemandem mehr zur Last zu fallen,

sind sie auf der Suche nach etwas Eigenem. Durch die Genehmigung des Asylantrags ist die finanzielle Grundlage dafür geschaffen.

Ihr langfristiges Ziel ist es, wieder in ihren journalistischen Berufen zu arbeiten. Şimşek ist ausgebildete Foto- und Filmjournalistin und würde gern einen Film über Emigrantinnen drehen. Sie hofft, dass sie ihre Erfahrungen als TV-Produzentin, die Video- und Schnittparbeit ebenso wie die Fotografie beherrscht, und ihre technischen Fähigkeiten auch ohne perfekte Sprachkenntnisse nutzen und einbringen kann. Leserinnen und Leser des Gießener Anzeigers kennen Türfent bereits durch seine Kolumnen, die er im Rahmen seines Stipendiums erstellt hat. Zudem referierte der Journalist und Autor vor diversen Auditorien wie Schulklassen und VHS-Veranstaltungen über seine Gefangenschaft und den Arbeitsbedingungen von Journalisten in der Türkei. Er möchte dies gern ausbauen. Der Grundstein dazu ist gelegt.

Barbara Czernek

Medien-Vorbild unter Druck

Was wir von den Finnen lernen können

Finnland gilt als medienpolitisches Vorbild, doch aktuelle Herausforderungen setzen selbst dieses gefestigte System unter Druck. Welche Lehren lassen sich aus dem finnischen Erfolg ziehen – und welche Warnsignale sollte die deutsche Medienpolitik ernst nehmen?

Das finnische Mediensystem ähnelt dem deutschen: Es besteht aus Privatmedien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Yleisradio (Yle), der aber höheres Vertrauen genießt, als in Deutschland: Laut [Reuters Digital News Report Finland 2025](#) vertrauen 83 Prozent der Bevölkerung Yle, dicht gefolgt von der auflagenstärksten Tageszeitung Helsingin Sanomat (78 Prozent). „Der Hauptgrund ist das hohe Vertrauen der Gesellschaft in Institutionen sowie das gegenseitige Vertrauen der Menschen“, so Olli Seuri, Co-Founder und Chefredakteur des Medien-Start-ups Uusi Juttu.

Gefördert wird das Vertrauen in die Medien auch durch die hohe ethische Selbstkontrolle des Rats für Massenmedien (JSN), eine enorme Programmvierfalt bei Yle und in den Privatmedien sowie durch innovative Echtzeit-Sprachmessungen in Wahldebatten bei Yle.

Arbeitsbedingungen und Pressefreiheit

Finnlands Verfassung garantiert Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit. Quellenschutz und Redaktionsgeheimnis sind gesetzlich verankert und nur bei schwerstkrimineller oder Gefahr für die nationale Sicherheit gerichtlich aufhebbar. Ein starkes Auskunftsrecht gegenüber Behörden gewährleistet investigativen Journalismus. „Doch Interviews mit Politikern oder Staatsbediensteten werden



Salla Nazarenko wird nicht müde zu betonen, wie wichtig Journalismus für die Demokratie ist. Foto: Heli Saarela / Union of Journalists in Finland

zunehmend erschwert, Anträge verzögert. Journalisten müssen die Transparenz immer häufiger gerichtlich einklagen“, berichtet die Expertin für Internationale Angelegenheiten, Salla Nazarenko vom finnischen Journalistenverband (UJF).

Seit der Verurteilung von mehreren Helsingin Sanomat Journalisten wegen der Preisgabe von Militärgeheimnissen im Jahr 2023 wächst die Sorge vor zunehmender Selbstzensur bei Themen der nationalen Sicherheit. Prekäre Arbeitsbedingungen, insbesondere für Freie wie in Deutschland, belasten die Branche. Dennoch erzielte der Journalistenverband UJF neben Kollektivverträgen auch Honorarverbesserungen für freie Kollegen mit einzelnen Redaktionen. Die im Jahr 2024 beschlossene Einschränkung politischer Streiks auf maximal 24 Stunden schwächt jedoch auch die Verhandlungsmacht der finnischen Journalistengewerkschaften.

Hasskampagnen und Mobbing besonders gegen Journalistinnen, LGBTQ-Personen, Menschen mit Migrationshintergrund und Minderheiten belasten den Berufsstand. Zwar bietet der Journalistenverband psychologische Unterstützung für Betroffene an, doch neue strengere Schutzgesetze greifen in der Praxis bislang kaum. Trotz der massiven Bedrohungen gegen die Investigativjournalistin Jessikka Aro nach ihren Enthüllungen über russische Trollfabriken blieb die finnische Berichterstattung über Russland in ihrer kritischen Distanz unverändert.

Desinformation – Medienkompetenz und Cybersicherheit als Antwort

Finnland bekämpft seit 2016 Desinformation durch verpflichtende Medienbildung im Lehrplan, die ab 2026 auch den Umgang mit KI-Deepfakes umfasst. Das Pädagogische Zentrum KAVI, die NGO Faktabaari (Faktenchecks) und Yle unterstützen die finnische Medienbildung mit Lehrmaterialien und interaktiven Formaten für Schulen und Erwachsenenbildung. Faktabaari beispielsweise veranstaltete im Frühjahr 2026 in Kooperation mit der Aalto-Universität die [Online-Veranstaltungsreihe](#)

„[Fiktiota vai faktaa?](#)“, die sich mit dem Erkennen von Desinformation beschäftigt. „Gegen Russlands Milliarden für Desinformation kann Finnland finanziell nicht gewinnen. Unser bester Schutz ist das gesellschaftliche Vertrauen – es macht uns resistent gegen Manipulation“, so Nazarenko.

Seit dem Nato-Beitritt 2023 setzt Finnland mit seiner neuen „Cybersicherheitsstrategie 2024–2035“ verstärkt auch auf Prävention durch die Zusammenarbeit von Nato, Staat, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Während Deutschland in der Vergangenheit oft reaktiv handelte (beispielsweise nach dem Ransome-Ware Angriff auf die Funke Medien Gruppe), bildet Finnland Journalisten und IT-Spezialisten der Redaktionen gezielt aus, eine Reaktion auf Hackingversuche und DDoS-Attacken, die auch Yle bereits direkt traf.

Öffentlich-rechtliche Programmvielfalt gefährdet

Yle bietet ein breites, weitgehend barrierefreies Programm auf Finnisch, Schwedisch, in drei samischen Sprachen, in Englisch, Russisch, Ukrainisch, Arabisch und Somali an sowie Nachrichten in einfacher Sprache (Selkouutiset). Während ältere Finnen Yle und Lokalmedien bevorzugen, sind Soziale Medien wie TikTok mittlerweile die wichtigste Nachrichtenquelle für Jugendliche. Yle ist dort ebenso wie auf YouTube zwar mit Formaten wie Yle Mix (Zielgruppe: neun bis zwölf Jahre), Yle Kioski (junge Erwachsene) und Yle Uutiset (News) präsent, verliert jedoch an Reichweite bei den unter 25-Jährigen.

Wegen eines hohen Haushaltsdefizits (2024: 4,4 Prozent; 2025: 4,3 Prozent des BIP) und eines eingeleiteten EU-Defizitverfahrens Anfang 2026 steht die aktuelle finnische Regierung unter enormen Spardruck. Das Land muss bis zum 30. April 2026 wirksame Maßnahmen vorlegen, um das Defizit wieder unter die 3-Prozent-Marke zu drücken. Der Sparkurs trifft auch die Finanzierung von Yle, die – anders als der deutsche Rundfunkbeitrag – über eine zweckgebundene Steuer erfolgt.

Die Regierung unter der Leitung von Ministerpräsident Petteri Orpo kürzte das Yle-Budget bis 2027 durch einen dreijährigen Indexstopp bei der Yle-Steuer sowie durch eine Mehrwertsteuererhöhung von 10 auf 14 Prozent auf Yle-Dienstleistungen um ganze 66 Millionen Euro. Die Folge sind sowohl der Wegfall von über 300 Stellen (davon 156 Entlassungen, der Rest Pensionierungen, Kündigung von befristeten Verträgen und freiwillige Abfindungen) als auch Kürzungen bei Regional-, Sport- und Minderheitenprogrammen. Kritiker rügen die Kürzungen als Verstoß gegen das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA), das eine stabile Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorschreibt.

Während die rechtspopulistische Finnenpartei (Perussuomalaiset) dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Yle (wie die AfD der ARD/ZDF) eine „links-grüne Voreingenommenheit“ vorwirft, verhindert das hohe [Medienvertrauen von 67 Prozent](#) bisher das Erstarken rechter Mediennetzwerke in Finnland. Die neue Yle-Intendantin Marit af Björkesten betonte im Oktober 2025 angesichts des wachsenden ökonomischen Drucks noch einmal die [Bedeutung von Yle für die Demokratie](#) gegenüber dem Evangelischen Pressedienst: „Yle muss eine ‚einende Kraft‘ gegen die Polarisierung bleiben.“

Finnlands Mediensystem unter ökonomischem Druck

Trotz einer hohen Zahlungsbereitschaft der Finnen von [21 Prozent für digitale Inhalte](#), bleibt der ökonomische Druck die größte Herausforderung für finnische Medien. Digitale Erlöse der Printmedien decken derzeit nur ein Drittel der Kosten und die Dominanz globaler Plattformen wie Google, Meta oder TikTok am Werbemarkt sowie steigende Kosten für Energie, Digitalisierung und KI-Investitionen belasten die Branche. „Die Marktdominanz der Tech-Giganten ist erdrückend: 70 Prozent des digitalen Werbekuchens gehen heute an Google, Meta & Co.. Digital Service Act (DSA) und Digital Market Act (DSM) greifen hier immer noch zu kurz“, sagt Nazarenko. Als Gegenstrategie

setzen finnische Medienhäuser auf digitale Bündelangebote. Beispiel: Sanoma mit dem Angebot „Kaikki“, das über eine App für nur etwa 28 Euro monatlich Zugang zu 15 Tageszeitungen, diversen Magazinen, Podcasts und Streaming-Inhalten bietet.

Privater Medienmarkt: Wenige Konzerne, große Macht

Trotz hoher Mediendichte bei nur 5,5 Millionen Einwohnern trägt die Medienvielfalt: Wenige Konzerne wie Sanoma Media Finland, Alma Media Finland, Bauer Media, Keskisuomalainen oder Bonnier News Finland dominieren den Markt. Wirtschaftlicher Druck und Digitalisierung verdrängen auch in Finnland gedruckte Regionalzeitungen. Viele Titel reduzierten bereits ihre Erscheinungstage oder stellten komplett auf Digitalbetrieb um.

Fusionen führten zur Bildung regionaler Zeitungsmonopole, während der Sparzwang die bis ins Jahr 2029 vereinbarte Zustellförderung in ländlichen Räumen gefährdet. Gegen „Pressewüsten“ werden derzeit Subventionen nach skandinavischem Vorbild diskutiert. „Wir hoffen, dass die Politik erkennt, wie wichtig ein Förderprogramm für lokale Medien ist – sowohl für die Vielfalt als auch für das Vertrauen der Gesellschaft in die Demokratie“, sagt Nazarenko. Sanoma (vergleichbar mit Axel Springer) dominiert mit auflagenstarken Titeln wie Helsingin Sanomat, dem Boulevardblatt Ilta-Sanomat und dem TV-Sender Nelonen große Teile der öffentlichen Meinung. Keskisuomalainen hält bei Regionalmedien eine ähnliche Marktmacht wie Funke Medien in Deutschland. Durch den Kauf von 15 Lokalmedien und einer Druckerei im Jahr 2020 baute Sanoma seine Marktmacht weiter aus.

Dass Sanoma gleichzeitig Hauptanteileseigner und ehemaliger Hauptkunde der nationalen Nachrichtenagentur STT ist, zeigt die paradoxe Macht: Erst entzieht Sanoma der STT den Umsatz, weshalb eine Insolvenz der STT nur durch eine einmalige staatliche Nothilfe von 1,05

Millionen Euro vorübergehend abgewendet werden konnte. Dann bestimmt er als Hauptanteileseigner gleichzeitig über den harten Sparkurs (21 Stellen entfallen), um das Unternehmen „fit“ für eine Zukunft ohne sich selbst zu machen.

Der Grund für solche Marktkonzentration sind fehlende medienspezifische Grenzwerte und eine Aufsicht wie die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) in Deutschland. Die finnische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzbehörde KKV bewertet Fusionen auf rein ökonomischer Basis. Dabei stehen Marktanteile und mögliche Wettbewerbsbehinderungen im Fokus, während die Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt unberücksichtigt bleiben. Auch EMFA bietet hier kaum Schutz. „Die hohen EMFA-Schwellenwerte laufen in Finnland meist ins Leere: Die meisten Fusionen werden mangels Prüfpflicht einfach durchgewunken“, so Nazarenko. Sparmaßnahmen bei Statistics Finland erschwerten zudem bislang die Eigentumstransparenz. Auf Druck des EMFA schließt nun ein neues Traficom-Medienregister diese Lücke. Ab 2026 sind Medienanbieter sowie staatliche Stellen außerdem verpflichtet, staatliche Werbebudgets offenzulegen. Gemäß den Vorgaben des Transparenzregisters (Avoimuusrekisteri) müssen ab Sommer 2026 auch die finanziellen Aufwendungen für Lobbying-Aktivitäten in einer jährlichen Ergänzungsmeldung umfassend gegenüber der Prüfbehörde VTV ausgewiesen werden.

Finnlands Medien-Pioniere

Trotz mangelnder Innovationsförderung bereichern neue Akteure den finnischen Markt. Während der Musiksender POPfm des schwedischen Medienkonzerns Mad Men Media im Jahr 2024 eine Radiolizenz in Finnland erhielt, bietet MustRead einen speziellen Newsletter für Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft an. LongPlay wiederum setzt auf investigativen Langform-Journalismus, ebenso wie das Medien-Start-up Uusi Juttu, das Teil des dänischen Konzerns Zetland ist und im Jahr 2024 erfolgreich



*Olli Seuri setzt abseits von Clickbait auf journalistischen Tiefgang und Leserdialog.
Foto: Sakari Piippo / Uusi Juttu*

per Crowdfunding startete. Mit heute rund 23.000 Mitgliedern deckt es seine Kosten seit Ende 2025 rein aus Mitgliedsbeiträgen. Es sieht sich als werbefreie, entschleunigte Alternative zur „Klick-Ökonomie“ und setzt gleichzeitig auf engen Leserdialog und journalistische Tiefe. „Nachrichtenvermeidung ist ebenso wie das Medienvertrauen ein wichtiger Schlüsselindikator der Mediennutzung und verdient unsere Aufmerksamkeit“, meint Olli Seuri, Co-Founder und Chefredakteur von Uusi Juttu.

Demgegenüber verschwand das erst im Oktober 2023 gegründete Audio-Projekt Briif (eine Audioapp mit der Zielgruppe: Millenials und Gen Z) bereits im September 2024 mangels Nutzerinteresse wieder vom Markt. Für Non-Profit-Journalismus wie das seit 1999 bestehende Kultur- und Gesellschaftsmagazin Voima oder für Medien-Start-ups generell gibt es in Finnland aktuell leider kein systematisches Fördermodell. Die ohnehin geringe staatliche Kulturförderung wurde zuletzt weiter gedrosselt. „Finanzierungsmangel sowie fehlender Mut und neue Ideen bremsen Innovationen in einer schrumpfenden, finnischen Medienbranche“, meint Seuri.

Inken Paletta

Finnlands Medienpolitik: Impulse für Deutschland

Während Finnlands Medienbildung, die proaktive Cybersicherheitsstrategie und das starke Auskunftsrecht zwar als Vorbilder für Pressefreiheit dienen, offenbaren Budgetkürzungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk Yle sowie eine zunehmende Marktkonzentration die Fragilität des Systems. Aus dem Vergleich beider Systeme ergeben sich zehn Kernpunkte für die medienpolitische Debatte in Deutschland:

1. Medienkompetenz:

Anstelle isolierter Initiativen ist eine flächendeckende, nationale Strategie erforderlich, die alle Altersgruppen systematisch einbezieht.

2. Zentrale Faktencheck-Plattform:

Eine unabhängige Instanz (analog zu Faktabaari) oder eine Koordination aller Faktencheckformate könnten dazu beitragen, systematisch Desinformation, Deepfakes und manipulative Narrative zu entlarven.

3. Stärkere Auskunftsrechte und Rechtsschutz:

Effektive Anti-SLAPP-Gesetze und erweiterte Auskunftsrechte schützen Investigativ-Journalisten vor Einschüchterung und Behördenwillkür.

4. Stabile Finanzierung des ÖRR:

Eine politisch unabhängige, bedarfsgerechte Finanzierung, abgesichert durch die Verfassung und stabile, mehrjährige Budgets, verhindert willkürliche Kürzungen (wie bei Yle) und sichert die staatsferne Auftragserfüllung.

5. Förderung von Lokalmedien und Start-ups:

Gezielte Subventionen nach skandinavischem Vorbild könnten der Entstehung von „Pressewüsten“ entgegen wirken und die regionale Medienvielfalt stärken.

6. Strengere Kontrolle bei Medienfusionen:

Ein transparentes Medienregister und schärfere Fusionskontrollen würden die Machtkonzentration großer Verlage konsequenter eindämmen.

7. Faire Arbeitsbedingungen:

Attraktive Honorare für Freie, wettbewerbsfähige Gehälter für Angestellte sowie ein effektiver Schutz vor Mobbing und Hate Speech sind Grundvoraussetzungen für einen zukunftsfähigen Journalismus. Dazu gehören auch psychologische Unterstützungsangebote, die die Resilienz der Medienschaffenden stärken.

8. Diversität, Barrierefreiheit und Medienvertrauen:

Der Ausbau inklusiver Angebote (wie Gebärdensprache) und Medienformate für Minderheiten sowie eine angemessene Repräsentanz aller gesellschaftlichen Gruppen in den Redaktionen sichern die gesellschaftliche Glaubwürdigkeit der Berichterstattung.

9. KI-Ethik und Plattformregulierung:

Wettbewerbsfähige Medienmärkte erfordern eine striktere Kontrolle von Big Tech und KI, gegebenenfalls auch über die aktuellen EU-Vorgaben hinaus.

10. Medien als kritische Infrastruktur:

Das finnische Vorbild zeigt: Proaktive Cybersicherheit und IT-Schulungen schützen Redaktionen effektiv. Das NIS-2-Umsetzungsgesetz (Dezember 2025) und das KRITIS-Dachgesetz (März 2026) verpflichten nun auch mittlere und große Medienhäuser in Deutschland gesetzlich zu umfassender Cyber-Vorsorge. Kontinuierliche Cyber-Resilienz-Trainings für Belegschaft und Management und der Schutz der medialen Infrastruktur sind damit keine Option mehr, sondern eine verbindliche Managementaufgabe. IP



Kameramann, während einer Occupy-Demonstration mit Farbbeuteln angegriffen



Wer Journalisten bedroht,
bedroht die Pressefreiheit

Whoever threatens journalists,
threatens the freedom of the press!
Qui menace les journalistes,
menace la liberté de la presse!

Grafik: Wolfgang Minich

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Deutscher Journalistenverband,
Landesverband Hessen e. V.
Rheinbahnstraße 3 | 65185 Wiesbaden
www.djv-hessen.de

V.i.S.d.P.: Knud Zilian

Chefredaktion: Jens Brehl

Freie Mitarbeit in dieser Ausgabe:

Barbara Czernek, Jannis Große,
Sascha Kohlhöfer, Wolfgang Minich,
Inken Paletta